

Calmer Wochenblatt

Nr. 207.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Hg. Restanten 2.—Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Jährl. 9.

Montag, den 6. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Erledigung des Breslauer Zwischenfalls?

Der deutsche Außenminister beim französischen Botschafter.

Berlin, 5. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, und der preussische Minister des Innern, Seevering, suchten heute mittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes: In der Note vom 30. v. Mts. haben Ew. Excellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August ds. Js. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffe gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Ew. Excellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Verständigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt aufs entschiedenste die Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau, durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle diese Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderte Genugthuung gewähren.

Der französische Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Ew. Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen, und daß die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, die für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Erledigung der französischen Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Zur Mitwirkung der Reichswehr.

Berlin, 5. Sept. Aus Anlaß der französischen Forderung, daß bei der Eröffnung des französischen Konsulats in Breslau eine militärische Ehrenbegeugung stattzufinden habe, wird eine halbamtliche Erklärung an die Reichswehr und die Bevölkerung gerichtet, in der es heißt: Die Reichsregierung vertraut auf den Gehorsam und das Pflichtbewußtsein der Truppe, die auf Grund ihres Eides verpflichtet ist, die Befehle der Regierung auszuführen. Es sei Pflicht der Bevölkerung, der Truppe nach besten Kräften die Erfüllung einer Aufgabe zu erleichtern, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nehmen wolle.

Die englische Regierung über die Breslauer Vorgänge.

Berlin, 5. Sept. Nach einer Meldung des „B. L.“ aus Basel wird in einer Mitteilung der englischen Regierung in Bezug auf die Vorgänge in Oberschlesien an die französische Regierung der Standpunkt vertreten, daß Deutschland nicht allein für die Vorgänge in Oberschlesien verantwortlich gemacht werden kann. Das englische Kabinett sei zu der Ansicht gekommen, daß die französische Regierung sich mit den von Deutschland bereits genehmigten Sühneforderungen zufrieden geben sollte.

3 Weißbücher über die polnisch-französischen Mordanschläge.

Berlin, 5. Sept. Die Reichsregierung wird drei Weißbücher über Oberschlesien herausgeben. Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und Morde enthalten. Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien verwendeten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Vandalen Partei genommen worden ist. Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstands getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnisches Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerfahrener deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korfantys abgenommen worden ist.

Fortdauerndes polnisch-französisches Zusammenarbeiten.

Berlin, 5. Sept. Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die drei Kreisinspektoren in Tarnowitz, Groß-Strehlitz und Beuthen ihre Entlassung eingeleitet haben mit Rücksicht auf die in ihren Bezirken von französischer Seite geübte Parteilichkeit. Den Kreisinspektoren in Tarnowitz und Groß-Strehlitz ist die Entlassung bereits gegeben worden. Wie

die Blätter aus Kattowitz melden, fühlen sich die Polen nach ihrem letzten Erfolg außerordentlich stark. Die mangelnde Entwaffnung macht sie glauben, daß alle Vorschriften der interalliierten Kommission nur für die deutsche Bevölkerung gelten. Von Tag zu Tag nehmen die Polen immer heftiger Stellung gegen die englischen Kreisinspektoren und die italienischen Besatzungstruppen, die eine gewisse Objektivität auch der deutschen Bevölkerung gegenüber walten lassen. Das Vorgehen der Italiener hat ihnen den wütenden Haß der Polen eingetragen, die jetzt sogar in einen Grubenstreik eintreten wollen, um die Entfernung der italienischen Besatzungstruppen zu erzwingen. Auch in Beuthen droht ein polnischer Generalstreik auszubrechen. Dort richtet er sich gegen den englischen Kreisinspektoren, Major Ditley, dessen Maßnahmen den Unwillen der polnischen Bevölkerung hervorgerufen haben. Das Abschiedsgesuch des Majors Ditley, der übrigens mit Lloyd George verwandt ist, hat die englische Regierung abgelehnt, das der Kontrollleure von Tarnowitz und Groß-Strehlitz genehmigt.

Berlin, 5. Sept. Der „L.-A.“ meldet aus Kattowitz, daß bei Pzelaßta gestern abend wieder die Leiche eines ermordeten Deutschen aus dem Grenzfluß Brniza gezogen wurde, die furchterliche Verletzungen aufweist.

Der Krieg zwischen Rußland und Polen.

Nur vorübergehende Unterbrechung der Verhandlungen.

(WLB.) Warschau, 3. Septbr. (Poln. Pressebureau.) Die polnischen Bevollmächtigten in Wlask haben heute vormittag Wlask verlassen. Vor ihrer Abreise wurde ein Protokoll über die abgehaltenen Sitzungen unterzeichnet und eine offizielle Feststellung gemacht, daß die Verhandlungen nur vorübergehend wegen ihrer Verlegung (?) unterbrochen worden sind.

Ein französisches Ultimatum an Rußland.

Stockholm, 3. Sept. Aus Helsingfors wird telegraphiert: Die französische Regierung hat an Schiffschierin folgendes von Millerand unterzeichnetes Ultimatum gerichtet: Die französische Marinebehörde hat Vorbereitungen für die Heimführung des letzten russischen Transports aus Frankreich am 15. September und aus Algier am 26. desselben Monats getroffen. Alle Franzosen, die sich in Rußland befinden, sind deshalb entweder nach der finnischen Grenze oder nach Odesa zu befördern. Wenn ein einziger Franzose nach dem 30. September gegen seinen Willen in Rußland zurückgehalten wird, so wird die französische Regierung Veranlassung nehmen, der französischen Flotte den Befehl zu geben, in Südrußland die Schritte zu tun, die als erforderlich erachtet werden. — Die Franzosen sperren das Maul groß auf.

Die polnisch-litauischen Kämpfe.

Berlin, 6. Sept. Wie die „Ag. Havas“ aus Helsingfors erfährt, hat die litauische Regierung Truppen nach Seiny geschickt, wobei es zu Zusammenstößen mit polnischen Okkupationstruppen kam. Die polnische Kavallerie hat Seiny und Lipore (?) geräumt.

Königsberg, 4. Sept. Am 3. September wurde polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalki von den Litauern besetzt. Die Litauer setzen ihren Vormarsch fort. Derselbe von Breslau-Litowsk östliche Kämpfe. Die Armee Budjennys zieht sich nach einem vergeblichen Entlastungsstoß weiter zurück. Ostlich von Lemberg östlicher bolschewistischer Gegenangriff.

Eine polnische Note an Litauen.

Berlin, 6. Sept. Die „B. Td.“ erfährt von ihrem Kownoer Berichterstatter über den litauisch-polnischen Konflikt: Die litauischen Truppen haben eine energische Gegenoffensive gegen das polnische Invasionsheer eingeleitet, das in litauisches Gebiet eingedrungen ist. Die Polen wurden in erbitterten Kämpfen auf der ganzen Front bis zum Grodnoer Abschnitt 30 bis 50 Kilometer zurückgeworfen. Die Litauer haben ein paar Städte erobert und stehen unmittelbar vor Suwalki. Die polnische Regierung forderte in einer Note Litauen auf, seine Truppen bis zu der vom Obersten Rat am 18. Dezember 1919 festgesetzten Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen zurückzuziehen. Die litauische Regierung hat geantwortet, ihr sei von der Entente niemals Mitteilung von dieser Linie gemacht worden und sie könne sie nicht anerkennen, da sie den litauischen Interessen widerspreche. Litauen sei jedoch zu Verhandlungen über die Grenzfrage bereit und schlage vor, einstweilen eine über Grabowo—Stabin—Augustowo verlaufende Demarkationslinie festzusetzen.

Autonomiebestrebungen in Posen.

Danzig, 5. Sept. Wie die „Danziger Zeitung“ aus Graudenz berichtet, wurde gestern morgen gegen 7 Uhr der Bahnhof und sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt Graudenz von pommerellischen Truppen besetzt. Die Kongreßpolen wurden gewaltsam entfernt. Gegen 10 Uhr wurde die schwache Besatzung von einer kongreßpolnischen Schwadron überrollt und entwaffnet. Etwa 300—400 pommerellische Truppen wurden von den Kongreßpolen verhaftet. Wie gerichtlich verurteilt, werden aus Posen 8000 Mann Truppen erwartet, um Graudenz und sämtliche ehemals preussischen Gebietsteile von den Kongreßpolen zu säubern.

Berlin, 5. Sept. Zu der Meldung über Zusammenstöße von pommerellischen und kongreßpolnischen Truppen in Graudenz bemerkt die „Vossische Zeitung“: Die in Posen maßgebende nationaldemokratische Richtung wirft der Regierung Bilsubstis vor, daß sie eine Verschärfung der Beziehungen zum Deutschen Reich zu vermeiden wünsche. Die Autonomiebestrebungen der Posener Polen bedeuten also unter keinen Umständen eine Erleichterung des Druckes, den die Deutschen in den abgetretenen Gebieten zu erleiden haben.

Zur äußeren Lage.

Die großdeutsche Bewegung in Oesterreich.

Wien, 2. Sept. In einem gestern veröffentlichten Bahlaufzug der Großdeutschen Volkspartei heißt es: Die Partei will in erster Linie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich. Sie steht auf dem Boden der nationalen Demokratie und der republikanischen Staatsform. Sie bekennet sich zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft.

Wien, 3. Sept. In einer Sitzung der christlich-sozialen Parteileitung wurde festgestellt, daß gegen die christlich-soziale Partei Vorwürfe erhoben würden, als ob sie den Anschluß an Deutschland ablehne. Die Parteileitung legt, wie die christlich-soziale Korrespondenz meldet, schon jetzt gegen diese Vorwürfe nachdrücklichst Verwahrung ein. Sie wird ihren Standpunkt demnächst in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise bekunden.

Wien, 3. Sept. Am Schluß eines Artikels gegen die Stellungnahme des Herausgebers der „Reichspost“, Dr. Funder, in der Anschlussfrage erklärt General Vardolf im gleichen Blatte: Ich bin und bleibe für den Anschluß. Ich will deutsch bleiben und mit dem deutschen Reich wieder hochkommen. Daß es den Deutschen aber gelingt, trotz allem, was noch werden möge, wieder hoch zu kommen, davon bin ich festest überzeugt.

Die Unterdrückung des Deutschtums in der Tschechoslowakei.

Wien, 2. Sept. Die Neue Freie Presse meldet aus Friedland in Böhmen: Auf telegraphische Anweisung aus Prag wurde gestern hier das deutsche Gymnasium geschlossen. In der deutschen Bevölkerung herrscht große Aufregung.

Prag, 2. Sept. (Tschecho-Slowak. Pressebureau.) Nachdem die Rede des Ministers des Außern in der gestrigen Sitzung des ständigen Ausschusses zur Kenntnis genommen war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Bei der Verhandlung des Berichtes über die Ausdehnung der Militärstrafgesetze auf das Hultschiner Ländchen wandten sich die deutschen Redner gegen die Aushebungen in Hultschin. Senator Professor Spiegel sagte, die Hultschiner Deutschen hätten noch das Optionsrecht für Deutschland. Mindestens die Hälfte der Stellungspflichtigen werde sich der Stellung durch die Option entziehen, so daß die Wirkung des Gesetzes eigentlich unbedeutend sei. Der Antrag des Senators Spiegel, die Abstimmung zu vertagen, wurde abgelehnt, und die Verordnung genehmigt. Senator Spiegel stellte dann den Antrag, die Aushebungen im Hultschiner Ländchen zu verschieben. Der Minister für nationale Verteidigung, Markowitsch, erklärte, daß er die vorgetragenen Gründe anerkenne und daß die Regierung den Vorschlag entgegennehme, daß die Aushebungen nicht vor den Wahlen durchgeführt werden wollen. Darauf wurde der Antrag des Senators Spiegel angenommen.

Südslawische Vergewaltigung der deutschstimmenden Grenzbevölkerung in Kärnten.

Klagenfurt, 4. Sept. Trotz der Proklamation der interalliierten Kommission für das Abstimmungsgebiet Kärnten, die von Achtung vor dem Volkswillen, von der Gleichheit der Rasse und Nationalitäten vor dem Gesetz, sowie von dem Verbot irgend welchen Druckes auf die Bevölkerung spricht, vermochte die aus dem englischen Obersten Beck, dem französischen Diplomaten de Chambrun und dem italienischen Fürsten Borgehe bestehende Kommission bis heute nicht, die Bestimmungen des Friedensvertrags in der ersten, unter südslawischer Verwaltung stehenden Abstimmungszone, durchzusetzen. Das südslawische Militär, das längst zurückgezogen sein sollte, terrorisiert nach wie vor die erste Zone. Die Gendarmerie ist, anstatt bestimmungsgemäß aus Landeskindern, aus Landesfremden zusammengesetzt. Die Sicherheit der Person ist nicht garantiert. Zahlreiche Deutschgesinnte schmachten nur wegen ihrer politi-

sch. Hof
abends 8 Uhr
us
uld.
ngen.
asse.
mm.

Leinstube.
von 7 Uhr ab
unke
lat.

ammen
Calw.
rechnung
Mittwoch, den
ins Kaffeehaus
ommen.

rein Calw
esorgt in diesem
Mitglieder wieder
äume.

ni. Auf bestimmte
sichtlich nicht sicher
ember entgegen.
ffizier: S. Knecht.

her
17.—

J. Steudle,
am Markt.

antum
ller
Lannen
ie auch starke
s Bauholz
Bötter, Calw.

rtowf.

Mts. ab

klaff. jung.
Arbeits-
erde

erg
haber freund-

Hopfer.
ddberg Nr. 7.

ichen Stimmung im Kerker. Die deutschgesinnte Bevölkerung der ersten Zone, die völlig rechtlos ist, ist verängstigt durch die Drohung der Südslaven, die ständig ihr Militär vermehren, daß sie alles ausrauben und niederbrennen werden, falls die erste Zone österreichisch abstimmt. Eine unbeflügelte Abstimmung ist unter diesen Umständen unmöglich. Die Anordnungen der Kommission werden von den Südslaven der ersten Zone nicht beachtet. Die deutschgesinnte Bevölkerung jener Zone, die in der Mehrzahl slowenisch spricht, fordert Gerechtigkeit.

Klagenfurt, 4. Sept. Eine am Sonntag in Griffen einberufene Versammlung der kärntnerisch Gesinnten, an der auch der englische Oberleutnant von dem interalliierten Distriktsausschuß teilnehmen wollte, konnte nicht abgehalten werden, da 800 bis 1000 jugoslawische Agitatoren, meist nicht Stimmberechtigte, mit Schreien, Föhlen und Pfeifen diese unmöglich machten. An einer Versammlung in Febrbach, an der ungefähr 4000 Personen teilnahmen und die einen ruhigen Verlauf nahm, konnten die kärntnerisch Gesinnten aus St. Jakob im Rosenthal nicht teilnehmen, da sie von einer mit Revolvern und Schenkeiern bewaffneten jugoslawischen Prügelpolizei daran verhindert wurden. Auf dem Rückweg von der Griffenversammlung wurden die Kärntner von jugoslawischen landfremden Prügelpolizisten mit Stangen überfallen. In Weiburg wurde die Kärntner Fahne herabgerissen und heimatreue Kärntner durch Prügel mißhandelt. Die gesamte jugoslawische Gendarmerie sah den Ausschreitungen untätig zu.

Das belgisch-französische Militärbündnis.

Berlin, 3. Sept. Aus dem Haag wird berichtet: Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß jetzt nach Fertigstellung der Militärartikel des belgisch-französischen Bündnisvertrags, die politischen Artikel behandelt werden. Sie sollen eine Verpflichtung Frankreichs einschließen der belgischen Ansprüche bezüglich Limburgs und der Scheldemündung Holland gegenüber umfassen. Belgien hat das Militärabkommen von der französischen Zustimmung zur diplomatischen Unterstützung abhängig gemacht. Das Militärabkommen besagt, daß Belgien nötigenfalls eine Armee von 100 000 Mann ins Feld stellt. Frankreich seinerseits soll sich verpflichten, eine Armee zu unterhalten, die bei Kriegsausbruch Belgien zu Hilfe gesandt werden kann und die mit der belgischen Armee zusammen ein großes Heer unter dem Oberbefehl des belgischen Monarchen bilden soll, aber die grundsätzlichen Anweisungen vom französischen Oberbefehlshaber erhalten wird. — Das Bündnis hat also nicht, wie behauptet wird, passiven, sondern ausgesprochenen aggressiven Charakter, weil es die ungerechtfertigten Ansprüche Belgiens auf holländisches Gebiet unterstützt.

Der rumänische Imperialismus.

Berlin, 3. Sept. Laut „Temps“ erfährt der rumänische Gesandte in Paris zu der Annahme, daß Rumänien eines Tages seine Rechte auf das Banat mit der Hauptstadt Temesvar aufgeben könnte, keine rumänische Regierung könne die Wiederabtretung eines Gebietes von Ungarn, insbesondere die Wiederabtretung des Banats mit Temesvar ins Auge fassen, wo die Ungarn gegenüber den Rumänen, Serben und Deutschen in der Minderheit seien. Rumänien wünsche die normalen Beziehungen zu Ungarn wiederherzustellen und eine solche Wiederaufnahme der Beziehungen sei möglich in den Grenzen des von der ungarischen Regierung unterschriebenen Vertrags. — Rumänien hat jetzt nicht nur Siebenbürgen, sondern auch das westlich anschließende Banat sowie die Bukowina von Ungarn, die Dobrußa von Bulgarien und Bessarabien von den Russen eingefaßt.

Die Arbeiterbewegung in Italien.

Mailand, 5. Sept. Die Bewegung der Metallarbeiter hat ihren Höhepunkt erreicht. Weitere Fabriktreue wurden besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. Wie der „Secolo“ meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten.

Paris, 6. Sept. Dem „Temps“ zufolge haben die bolschewistischen Schiffer in Genua sich aller im Hafen liegenden Handelschiffe bemächtigt und gebroht, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzulaufen, zu beschleßen. Wie die „Agence Havas“ aus Triest meldet, breitet sich die Arbeiterbewegung aus. Man berichtet von Zusammenstößen zwischen Truppen und Streikenden.

Italienische Sozialisten gegen den Radikalismus.

Mailand, 3. Sept. Der „Messaggero“ erfährt aus Bologna, daß ein Komitee, bestehend aus zahlreichen sozialistischen Deputierten, darunter Turati, Treves und anderen der sogenannten Konzentrationsfraktion der sozialistischen Partei, ein Manifest erlassen hat, in dem unter Hinweis darauf, daß die Bedürfnisse der Nation mehr und mehr im Gegensatz stehen zu den Grundsätzen und Methoden des Radikalismus, gesagt wird, daß die Konzentrationsgruppe die Partei aus ihrem jetzigen Zustand herausführen will. Das Manifest fügt hinzu: Wir wollen den gefährlichen Demagogismus vermeiden, der Gelüste und Tendenzen erregt hat, die jetzt gefährlich sind, die jedoch für die Gesellschaft der Zukunft eine noch größere Gefahr sein werden. In dem Manifest heißt es zum Schluß: Bei allem Festhalten an der traditionellen Auffassung des Sozialismus sind wir der Ansicht, daß das Interventionsprogramm sofort aufgegeben werden muß. Wir erklären uns bereit zu intensiver Arbeit in Parlament, Gemeinden und Wirtschaftskörperschaften zum Zweck der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Das Komitee hat als Ort eines neuen Kongresses in Reggio nell'Emilia bestimmt und dessen Abhaltung auf den 19. und 20. September angesetzt. Dieser Kongreß soll ein neues Programm ausarbeiten. — Der „Messaggero“ bezeichnet dieses Manifest als leidenschaftlichen Appell an die Traditionen des Sozialismus. Turati und Treves und die anderen Deputierten hätten nicht länger mehr Mitbeter eines degenerierten Sozialismus sein und die Verantwortung für die nicht wieder gut zu machenden Schäden übernehmen wollen, die daraus entstehen könnten.

Eine unverkürzte griechische Forderung an die Schweiz.

Paris, 5. Sept. Wie der „Temps“ aus Athen meldet, berichten dortige Blätter, daß die griechische Regierung von der schweizerischen Regierung die Ausweisung des Königs Konstantin verlangen werde, dessen Beteiligung an dem Attentat auf Benizelos und an der in Athen entdeckten Verschwörung durch eine Untersuchung festgestellt sein soll.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maß- und Kleinfunde.

Ausgebrochen ist die Seuche in Monakam. Sperrgebiet Monakam, Beobachtungsgebiet desgleichen 15 Km. Umkreis wie bei Simmozheim.

Die Seuche ist ausgebrochen in Haiterbach, Wildberg, Gültlingen und Mindersbach (O.A. Nagold), Laiflingen (O.A. Herrenberg), Ehningen (O.A. Böblingen). Oberamt: Calw, den 4. Sept. 1920. Bögel, Amtmann, A.B.

Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest aus Belgien. (Verfügung des Ministeriums des Innern vom 30. Aug. 1920.)

Mit Rücksicht auf das Auftreten der Rinderpest in Belgien ist auf Grund von § 1 ff. des Gesetzes Maßregeln gegen die Rinderpest betr., vom 7. April 1869 (Reg.-Bl. von 1871 S. 287) in Verbindung mit § 1 ff. der revidierten Instruktion vom 9. Juni 1873 (Reg.-Bl. S. 147) die Einfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen und anderen Wiederkäuern sowie alle von Wiederkäuern stammenden tierischen Teile in frischem Zustande, ausgenommen Milch und Käse, aus Belgien nach Württemberg verboten.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Calw, 1. September 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

Der irische Freiheitskampf.

Rotterdam, 2. Sept. In der Nacht zum 1. September wurden alle Gebäude der Küstenwachtstation Brovhoed in Cork, darunter auch die Signalstation, mit Bomben und durch Feuer vernichtet.

Paris, 2. Sept. Nach einer Meldung des „Matin“ hat gestern der Chefsekretär für Irland in einer Unterredung mit Pressevertretern erklärt, daß die Politik der englischen Regierung in Irland aufrecht erhalten werde.

Paris, 3. Sept. Laut „Journal“ ist gestern von Lloyd George eine neue Mitteilung aus Luzern eingegangen, in der er erklärt, daß die Entscheidung betreffend die weitere Gefangenhaltung des Bürgermeisters von Cork nicht geändert werden könne.

Paris, 5. Sept. Einer Meldung des „Temps“ aus London zufolge teilen die britischen Behörden in Dublin mit, daß die Sinn Feiner während des gestrigen Tages in verschiedenen Teilen Irlands 57 Handtreiche ausgeführt haben, um Waffen und Munition in die Hand zu bekommen.

Paris, 5. Sept. „Petit Parisien“ meldet aus London, daß eine Abteilung von 30 bewaffneten Sinn Feinern auf der Insel Gola in der Grafschaft Donegal an Land ging und nach Entwaffnung der Bewohner im Namen der irischen Republik von der Insel Besitz ergriff.

Vermischtes.

Bismarck kannte Frankreich.

D.E.K. In seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 sagte Bismarck: „Wir müssen vorbereitet sein, den historischen Prozeß zwischen Frankreich und Deutschland wieder ausleben zu sehen. Unterschätzen Sie nicht Frankreichs Macht. Dort lebt ein kriegerisches, tapferes Volk, und es ist ein Zufall, daß wir ihm 1870 überlegen waren. Wenn wir unterliegen, der Feind vor Berlin stünde, wie wir vor Paris, die Franzosen wären nicht die gemäßigten Sieger, wie wir es waren. Sie würden uns bis zur Mutter zu Aber lassen. Der Krieg von 1870 wäre ein Kinderpiel dagegen. Nicht vor einem Meidenalter dürfen wir uns aufrichten.“ Bismarck hat Recht behalten. Die Franzosen kennen keine Grenzen in der Ausnützung ihres „Sieges“, und darum ist der historische Prozeß zwischen uns und ihnen auch nicht zu Ende.

Die französische Willkür im besetzten Gebiet.

Aus dem Rheinland wird der „D. Allg. Ztg.“ geschrieben: Schlaglichtartig wird die Stellung der deutschen Behörden im besetzten Teil der Rheinprovinz beleuchtet durch die vor wenigen Tagen gemeldete Verhaftung des Landrates von Reuß und die Eröffnung eines kriegsgerichtlichen Verfahrens gegen ihn. Wie in anderen Fällen der Maßregelung deutscher Behörden dreht sich, wie wir hören, auch in diesem Falle die Angelegenheit um die Frage der Befehlsbefugnisse der militärischen Stellen der Besatzung. Die militärischen Stellen geben dem Rheinlandabkommen und den auf Grund desselben ergangenen Anordnungen der Rheinlandkommission eine Auslegung, die darin gipfelt, daß die deutschen Behörden bedingungslos und ohne Erörterung die von militärischen Befehlshabern gegebenen Anordnungen auszuführen hätten. Glauben die deutschen Behörden, daß dadurch die Rechte der Bevölkerung unbillig beeinträchtigt oder die den militärischen Dienststellen zustehenden Befugnisse, über deren Regelung und Begrenzung den deutschen Stellen nichts bekannt ist, überschritten wären, so steht ihnen nicht etwa das Recht der Erörterung oder gar der Gegenrede zu, sondern lediglich ein Recht der Beschwerde nach Ausführung des Befehls. Das ist natürlich eine Auslegung der Bestimmungen, welche die deutschen Behörden, denen es mit dem Schutz der Bevölkerung vor Uebergriffen und Belästigungen ernst ist, unmöglich zu der ihrigen machen können. Dies steht auch nicht in Einklang mit der das Rheinlandabkommen beherrschenden Absicht, die besetzten Gebiete nicht unter den Belagerungszustand zu stellen. Die Durchföhrung dieser Absicht setzt voraus, daß die Militärbehörden ihre Wünsche grundsätzlich durch Vermittlung der Rheinlandkommission an die deutschen Behörden gelangen lassen. Nur dieser Weg vermag den deutschen Zivilbehörden, zu deren wichtigsten Aufgaben doch schließlich der Schutz der Bevölkerung gegen militärische Vergewaltigung gehört, die Gewähr zu geben, daß die militärischen Anordnungen tatsächlich im Rahmen der internationalen Verwaltungsbehörden des besetzten Rheinlandes liegen. Der Fall, daß eine militärische Anordnung so eilig ist, daß nicht einmal Zeit sei, die durch die zuständigen Kreisdelegierten der Rheinlandkommission an die deutschen Zivilbehörden zu schiden, wird praktisch kaum je ein-

treten. Der zur Zeit herrschende, völlig unklare Rechtszustand, der neben der zweifelhaften Anordnungsbefugnis der Rheinlandkommission noch die Befehlsgewalt der militärischen Stellen — von diesen natürlich recht weitherzig ausgelegt — vorzieht, ist sowohl für die Bevölkerung als auch für die Behörden unerträglich.

Deutschkatholischer Standpunkt zur Politik des Papstes.

D.E.K. Als in Warschau das „Bolschewiki aule portas“ erlangt, veranlaßte der Papst seinen Kardinal-Bikar, in der Jesuitenkirche M. Gesu in Rom — der General der Jesuiten ist P. Ledochowski — feierliche Gebete zu Polens Rettung zu veranstalten. In dem Brief des Papstes, darauf macht in dem Zentrumblatt „Augsburger Postz.“ (31. Aug. Nr. 390) Friedrich R. von Lama aufmerksam, heißt es aber auch: „Schwerwiegende Gründe veranlassen uns zu wünschen, daß das Beispiel von allen Bischöfen der ganzen Welt nachgeahmt werde.“ Das hätte also auch von den deutschen Bischöfen gegolten. Friedrich R. von Lama setzt sich nun wie folgt mit dem päpstlichen Verlangen auseinander:

„Das Vorgehen Polens sowohl gegenüber Deutschland wie gegenüber unseren Landsleuten und den deutschen Glaubensbrüdern in den Abstammungsgebieten und in den Polen erlebten deutschen Gebieten dürfte verbündet haben, daß der deutsche Episkopat mit der Zustimmung an die deutschen Katholiken herantrat, sie möchten auch ihrerseits ihre Stimme für Polen erheben. Uns über Polens Schicksal zu freuen, wäre unchristlich, aber wenn wir Deutsche den Polen die Suppe, die sie sich eingebracht haben, gönnen, so ist das durchaus menschlich und verständlich; dem wird man sich auch in Rom kaum verschließen. Man dürfte daher auch dort nicht auf einer Forderung bestehen, die solange einseitig wäre, als nicht auch an Polen die Aufforderung erginge, unser nicht minder vom Bolschewismus wie von der Entente in seiner Existenz und Unabhängigkeit bedrohtes Deutschland zum Gegenstand seiner Fürbitten bei Gott zu machen und in diesem Falle wäre die allererste Voraussetzung eine Bekundung des ernststen Willens, das an uns begangene Unrecht wieder gutzumachen.“

Diese zwar vorsichtige, aber genügend deutliche Wahrnehmung des deutschen Standpunkts von katholischer Seite ist höchst erfreulich und wird ihren Eindruck hoffentlich nicht verfehlen.

Deutschland.

Französische Spionage im Ruhrgebiet.

Essen, 6. Sept. In Müllheim a. d. Ruhr wurde der Kaufmann Willi Kühl aus Brüssel verhaftet, der dadurch Verdacht erregte, daß er sich verschiedentlich an Reichswehrsoldaten heranmachte. Man fand bei ihm einen in französischer Sprache abgefaßten Fragebogen, aus dessen Fassung deutlich hervorgeht, daß Frankreich das ganze Ruhrgebiet mit einem großzügig angelegten Spionagesystem überzogen hat. Unter der Ueberschrift „Allgemeine Fragen“ werden auf dem Bogen folgende Informationen verlangt: Bahnhoßpläne des Ruhrgebiets, Lagepläne der Eisenbahndirektionsgebäude, genaueste Erlundigung über die Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehr, sowie über die Haltung der Arbeiterbevölkerung. Ferner wird gefragt, wie sich die Arbeiter, die Ingenieure und die Direktoren zur Befestigung des Ruhrgebiets durch die Entente stellen würden, ob Vorbereitungen für einen bewaffneten Widerstand von den Arbeitern getroffen sind, wer dort den Franzosen feindlich wäre, wer freundlich usw.

Terrorismus in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 3. Sept. Das infolge der blutigen Vorkommnisse einberufene Gewerkschaftsartell lehnte mit 83 gegen 20 Stimmen den Eintritt in den Generalfreist ab. — Zu neuen Zwischenfällen kam es am Donnerstag abend am Eschenheimer Tor, wo ein Trupp hunger Leute in das Volksbildungsheim eindrang, wo die Deutsche Volkspartei eine Sedansfeier veranstaltete. Sie forderten die Auflösung der Versammlung und besetzten die Eingänge. Als die Besucher den Saal verließen, mußten einige die Hände hochheben und wurden unterjucht. Als die Sicherheitswehr eintraf, fiob die Menge auseinander. Aus der Ferne wurden einige Schüsse abgegeben, doch konnte bisher nicht festgestellt werden, ob jemand verletzt wurde.

Segensreich arbeitendes Kapital.

ep. Man weiß in unserem Volk zu wenig, wie segensreich die Kapitalien unserer sozialen Versicherungsanstalten für die Volkswohlfahrt arbeiten. Im Jahr 1919 sind fast 8 Millionen Mark aus diesen Geldern auf den Bau von Arbeiterwohnungen verwendet worden, seit Bestehen der Versicherung im Ganzen 575 Millionen Mark. 134 Millionen Mark haben die Landesversicherungsanstalten bisher im Ganzen für Kredite an Landwirte verwendet, 682 Millionen Mark zum Bau von Krankenhäusern, Volkshospitälern, Volkshäusern, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der Volksbildung, 238 Millionen Mark zu sonstigen Wohlfahrtszwecken u. a. auch als Darlehen zum Bau von Versammlungshäusern, Fürsorgeheimen usw.

Der Unabhängige Sozialistenführer Dittmann über Sowjetrußland.

Berlin, 4. Sept. Der Abgeordnete Dittmann setzt seinen Bericht über Sowjetrußland fort. Wlinde Schwärmer und gläubige Inbrunst — so erklärt er — haben Sowjetrußland zu dem Ideal gemacht, das allen Leiden des Proletariats ein Ende bereitet. Alles Heil wird mit fast religiöser Zuversicht von Moskau erwartet. Hätten die deutschen revolutionären Proletarier unausgeseht in enger persönlicher Föhlung mit dem bolschewistischen Rußland sein können, dann hätten solche Illusionen nicht aufkommen, geschweige denn sich festsetzen können. Kommen jetzt deutsche Arbeiter voller Begeisterung für das erträumte Eldorado, so sind sie entsetzt und niedergeschmettert über die Zustände, die sie vorfinden. Dann schildert Dittmann die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland und fügt hinzu:

Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als die Kommunisten so gut wie aufgehoben. Die Wahlen zu den Sowjetkörperschaften erfolgen öffentlich in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die Wahlen sind meist indirekt und erfolgen unter terroristischem Druck, so daß eine Opposition schwer aufkommen kann. Un-

bequeme aus abjo ten. D führt; f a f t nicht ste in Konz Frauen Herrsch Betrieb wird. beitsdisz verwaltu organe Das G Betriebs werden Da wartbuch wird, d Partei, Abständ verfabre teltuel trieben, schlupf der tom Sovjetel des Zer gliedern 11 Broz der Wit 12 000 beamte, 318 000 6000 verwand mit ihr Diktatur Sovjetb beiter, a Es geht wurde ge ten, bor Ueber weges g denen d Unfähig diesem Bo Städten ebenfow trastelle Program und wer in ihr G

Der Entfüllt ganda z matisch sucht. sinn bel national mer als der unal wöchent macht, l und Sch haussta an der s wird die jener be hunde

legt der gegen b danken, noch sch beflagen ihnen d

* y die von Vermitt die Stig gart mi endet an stalten l ich lieg weil sie daß die Stutga noch fei

(SC) der Bet mittag nehmern Kommu für dies endigt genom Daimler Die Ve In d die über schließen Angaben

re Rechtszustand, gnus der Rhein- litarischen Stel- usgelegt — vor- für die Behör- unkt. iute portas* itar, in der Fe- der Jesuiten ist Rettung zu ver- acht in dem Gen- 390) Friedrich: „Schwerwie- das das Beispiel nt werde.“ Das polten. Friedrich päpstlichen Ver- über Deutschland deutlichen Glau- den Polen ert haben, daß an die deutschen ihre Stimme ickal zu freuen, den Polen die so ist das durch- an sich auch in ch dort nicht auf g wäre, als nicht nder nicht mind- in seiner Existenz zum Gegenstand diesem Falle wäre des ersten Bil- gutzumachen.“ tliche Wahrneh- Seite ist höchst icht verfehlen.

bequeme Bahnen werden kassiert. Darüber habe ich in Moskau aus absolut zuverlässiger Quelle allerlei Beweismaterial erhalten. Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt; Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als Deserteure der Arbeitsfront in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis 50. Jahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteitagung zu sorgen. In die Betriebsverwaltung haben sie nicht hineinzureden. Sie sind nur Hilfsorgane der kommunistischen Partei und der Staatsbürokratie. Das Gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebs sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder. Beiträge werden vom Lohn abgezogen.

Da das Mitgliedbuch der kommunistischen Partei als Anwartsbuch auf irgend ein Amt in der Sowjetbürokratie angesehen wird, drängen sich unausgesetzt zweifelhafte Elemente in die Partei, die man durch summarische Reinigungen in periodischen Abständen wieder auszuschleiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Büros der Sowjeteinrichtungen Unterschlupf und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der kommunistischen Partei ist der größte Teil in irgend einer Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Prozent, als Arbeiter tätig. Von den übrigen 89 Prozent der Mitglieder sind tätig: 36 000 (6 Proz.) als Parteibeamte, 12 000 (2 Proz.) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 162 000 (27 Proz.) als Militärbeamte und Soldaten, 318 000 (53 Proz.) als Staats- und Municipalbeamte und 6 000 (1 Proz.) als Handlungsgehilfen. Die ganze Partei verwandelt sich also allmählich in ein Heer von Bürokraten, die mit ihrer Existenz unmittelbar an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert sind. Man spricht bereits von der neuen Sowjetbourgeoisie. In Moskau zählt man kaum 100 000 Arbeiter, aber 230 000 Sowjetbeamte und -beamtinnen aller Grade. Es geht dabei ähnlich wie bei unseren Kriegsgesellschaften. Mir wurde gesagt, wo früher zehn bis zwölf Beamte gesaulenzt hätten, dort ständen sich jetzt sechzig bis achtzig gegenseitig im Wege. Ueber die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Instanzenweges geraten selbst die gebührenden Moskauer in Verzweiflung, denen das Wort, daß Zeit Geld ist, kaum bekannt zu sein scheint. Unfähigkeit, Sabotage und Korruption sucht man vergebens aus diesem riesigen bürokratischen Apparat auszuschalten.

Vom Sozialismus und Kommunismus ist man in den Städten und Industriebezirken Rußlands gegenwärtig noch ebenso weit entfernt wie auf dem Lande. Zwar arbeiten die Zentralkomitees sehr schöne sozialistische und kommunistische Thesen und Programme aus, aber sie stehen leider meist nur auf dem Papier und werden von den ausführenden untergeordneten Organen oft in ihr Gegenteil verwandelt.

Der „Vorwärts“ zu den Enthüllungen.
Der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ bemerkt zu den Enthüllungen Dittmanns u. a.: „Gleichzeitig mit ihrer Propaganda zugunsten Sowjetrußlands haben die Unabhängigen systematisch den deutschen Arbeitern das eigene Land zu verfehlen versucht. Crispian, der heute mit Dittmann den Rätewahlsinn bekämpfen will, denunzierte einst vor der gesamten Internationalen in Luzern das republikanische Deutschland als „Schlimmer als unter dem Sozialistengesetz!“ Und in einem Artikel der unabhängigen Wochenzeitung „Die freie Welt“, die sonst allwöchentlich für Sowjetrußland in Wort und Bild Reklame macht, bezeichnete derselbe Crispian das „Deutschland Russes und Scheidemanns“ als einen „Zuchthausstaat“. Wo der „Zuchthausstaat“ in Wirklichkeit ist, darüber mögen nun die Arbeiter an der Hand des Dittmannschen Berichtes selber urteilen. Bald wird die Zeit kommen, in der die überwiegende Mehrzahl gerade jener verheßten Arbeiter, die nicht genug über unsere „Blutbünde“ schimpfen konnten, erkennen werden, daß sie es nicht zuletzt dem mutigen Auftreten dieser sogenannten „Blutbünde“ gegen die niedrige und betrügerische Demagogie von links verdanken, wenn nicht heute in ganz Deutschland ähnliche oder gar noch schlimmere Zustände herrschen, als jene, unter denen die beklagten deutschen Auswanderer von Kolumba und mit ihnen das ganze russische Proletariat zu leiden haben!

Der Generalstreik beendet.
* Nachdem die Stuttgarter Betriebsrätevollversammlung die von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vermittlung der Regierung geschlossenen Vereinbarungen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen hat, ist für Stuttgart mit Ausnahme der Daimlerwerke der Generalstreik als beendet anzusehen. Wie sich die Verhandlungen mit Daimler gestalten werden, ist heute noch nicht zu überblicken. Augenscheinlich liegt der Gesellschaft nichts an der Fortsetzung der Arbeit, weil sie nicht genügend Aufträge hat. Es ist aber anzunehmen, daß die Regierung hier eingreifen wird. Ueber die Wirkung der Stuttgarter Beschlüsse auf die Streilage im Lande liegen uns noch keine Meldungen vor.

Die Stuttgarter Betriebsräte für Annahme der Vereinbarungen.
(S. W.) Stuttgart, 5. Sept. Die Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Stuttgarts stimmte am Samstag nachmittag den Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit überwiegender Mehrheit zu. Die Kommunisten erklärten sich dagegen und lehnten die Folgen für diesen Beschluß ab. Damit ist der Generalstreik für beendet erklärt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Verhandlungen müssen nur noch mit der Firma Daimler geführt werden.

Die Betriebsräte zur Haltung der Daimler-Werke.
In der letzten Betriebsrätevollversammlung am Samstag, die über Weiterführung oder Beendigung des Streiks zu beschließen hatte, machte der Berichterstatter Weimer eingehende Angaben über die Verhandlungen mit dem Vertreter der

Daimlerwerke. Da die Daimlerwerke am Freitag aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschieden waren, und so die an diesem Tage getroffenen Vereinbarungen zwischen Verhandlungsausschuß, Regierung und Arbeitgebern auf sie nicht mehr zuträfen, mußte mit den Daimlerwerken besonders wegen der Wiedereinstellung verhandelt werden. Der Direktor der Daimlerwerke, Kommerzienrat Berge, habe erklärt, daß die Abmachungen für die Daimlerwerke auf keinen Fall zutreffen würden. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens zwingen die Daimlerwerke zu wesentlichen Betriebs einschränkungen, über die schon seit langem mit der Regierung verhandelt würde. Es wäre daher unwirtschaftlich, wenn die Daimlerwerke jetzt die Arbeiter einstellten und sie in einigen Tagen wieder entlassen müßten. Sie würden sich auf keinen Fall zu einer Wiedereinstellung entschließen können, und könnten auch von der Regierung hierzu nicht gezwungen werden. Sie würden lieber den ganzen Betrieb still legen. Wenn die Regierung die Daimlerwerke übernehme und sozialisiere, so könne das den Daimlerwerken nur recht sein. Eine Weiterführung sei auch deshalb ausgeschlossen, weil im Lauf der letzten Zeit nicht weniger als sechs Exzesse vorgekommen seien. Für das Werk Sindelfingen träfen die Voraussetzungen nicht zu, dieses würde am Montag wieder eröffnet werden. Weimer verlas dann eine Erklärung, wonach die Arbeiterschaft der Daimlerwerke weiterhin im Streik verharren wird, und daß den Daimlerarbeitern in diesem Streik die moralische und finanzielle Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft zugesichert wird.

(S. W.) Stuttgart, 4. Sept. Die Daimlerwerke, die sich bisher nicht entschließen konnten, die Entlassenen restlos wieder einzustellen und den Vereinbarungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuzustimmen, sind auch aus dem Verband der Metallindustriellen ausgetreten.

Stuttgart nach dem Generalstreik.
Das Ende des Generalstreiks kam im Straßenbild Stuttgarts durch die am Sonntag erfolgte Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs zum Ausdruck. Dieses Fehlen des Straßenbahnverkehrs war auch, wenigstens für den oberflächlichen Beobachter, das einzige äußerliche Zeichen (außer der immer wiederkehrenden Unreinlichkeit der Straßen und öffentlichen Plätze), daß wir im Generalstreik standen. Am Sonntag wurde die Polizeiwehrr aus den besetzten Betrieben zurückgezogen, nur die Daimlerschen Werke blieben noch besetzt, bis auch hier ein die geordnete Weiterführung des Betriebes gewährleistendes Abkommen getroffen sein wird.

Eine beherzigenswerte Erklärung des Evangelischen Volksbunds.
Vom Evangel. Volksbund für Württemberg geht uns folgende Erklärung zur Lage zu: „Die Streiktage sind vorüber. Zu schweren Zusammenstößen ist es glücklicherweise nicht gekommen. Nun aber sollen weder durch Ueberhebung und Schadenfreude, noch durch Haß und Verbitterung die Gegensätze in unserm Volk aufs neue gesteigert werden. Wir bitten unsere Volksgenossen, alles zu tun, daß die für das Wohl des Ganzen unentbehrliche Gemeinschaft gestärkt werde und allerorts die Arbeit ihren gewöhnlichen Fortgang nehme. Nur wenn jeder auch in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen sich in den anderen hinein denkt, der Arbeitgeber in den Arbeitnehmer, wie der Arbeitnehmer in den Arbeitgeber, wird der notwendige Ausgleich und die vertrauensvolle Verständigung gefunden werden. Und nur wenn jeder in seinem Teil bereit ist, Opfer zu bringen und an den drückenden gemeinsamen Lasten mitzutragen, ist Bestand und Zukunft unseres Volkes gewährleistet.“

Aus Stadt und Land.
Calw, den 6. September 1920.

Dienstnachricht.
* Dem Unterlehrer Friedrich Stahl in Liebenzell wurde eine ständige Lehrstelle in Breuningsweiler O. A. Alsen übertragen.

Die Diäten- und Reisekostenverordnung für Staatsbeamte.
Durch eine Verordnung des Staatsministeriums sind die Diäten und Reisekosten der Zivilstaatsdiener neu geregelt worden. Bei Dienstreisen erhalten die Beamten der Besoldungsgruppen 1-4 14 M. Diäten und 7 M. Uebernachtsgeld; die Gruppen 5-13 22 M. Diäten und 9 M. Uebernachtsgeld. Hierzu wird ein Teuerungszuschlag von derselben Art und Höhe wie für das Dienstlohnkommen der Beamten gewährt, d. h. gegenwärtig 50 Prozent. Beamte und Beamtenanwärter ohne eigenen Haushalt erhalten drei Viertel der Diäten, jedoch das ganze Uebernachtsgeld, je mit entsprechendem Teuerungszuschlag. Die Auslagen an Fahrgebühren, sowie die Nebenauslagen für Gepäckbeförderung usw. werden nach ihrem wirklichen Betrag vergütet. Von den Beamten der Besoldungsgruppen 1-4 kann auf Eisenbahnen die 3. Wagenklasse, von den Beamten der Besoldungsgruppen 5-13 die 2. Wagenklasse, von den Beamten mit Einzelgehältern die 1. Wagenklasse benützt werden.

Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kartoffeln.
Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht unter dem 24. August 1920 die Verordnung über die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft. Die Bekanntmachung lautet: Nachdem der von den Bedarfsstellen angemeldete Bedarf an Herbstkartoffeln durch Lieferungsverträge in Gemäßheit der Verordnung über die Verjorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 sichergestellt ist, wird von einer weiteren Heranziehung der Herbstkartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung abgesehen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann das Bearbeiten von Kartoffeln in Brennereien und Stärkefabriken verbieten oder beschränken; er bestimmt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Kartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffelrodnereien und der Kartoffelstärkefabriken zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse verwendet werden dürfen.

Die Sterne im September.
Beim Dunkelwerden sieht man über dem Untergangsort der Sonne den Abendstern (Venus) glänzen. Der gelbe Stern hoch über dem Planeten ist der Gigantenstern Antares. Nahe dem Scheitelpunkt steht der weiße Fixstern Vega in der Leier, tief im Norden leuchtet Kapella auf. Abends 10 Uhr steht das große, kreuzförmige Bild des Schwans, durch prächtig schimmernde Wolken der Milchstraße gekennzeichnet, im Südwestteil des Zenitfeldes. Der Neue Stern im nördlichsten Teil des Schwans, bei dem Sternchen Psi, lenkt zur Zeit die Blicke aller Sternfreunde auf sich. Am 24. August hatte dieser Keuling unter den Fixsternen etwa die Helligkeit der Sterne des Himmelswagens, sank jedoch schon in den darauffolgenden Tagen zur dritten Größenklasse herab. Die aller Phantasie spottenden Weltkatastrophen unendlich ferner Sonnen, deren Zeugen wir beim Aufgängen neuer Sterne werden, stellen ein bis heute ungelöstes Forschungsproblem dar. Unter dem Schwan glänzt Altair, Hauptstern des Adlers. Den Westhimmel nehmen die ausgebreiteten, unauffälligen Sternlinien des Herkules ein. Unter ihm rechts: die nach unten gewölbte hübsche „Krone“, links: der Schlangenträger. Ueber Herkules, nahe dem Schwan, funktelt Vega. Am Südhimmel nahe dem Horizont leuchtet der rötliche Fornalhaut (Südl. Fisch). Ueber ihm das Tierkreisbild Wassermann, rechts von diesem der Steinbock, links die bandförmig ausgebreiteten, sehr schwachen Sterne der Fische. Das große Vierer über ihnen, hoch im Südosten, ist Pegasus. Zu späterer Stunde wird unter den Fischen der Walfisch sichtbar. Der merkwürdige veränderliche Stern in ihm hat eben sein Maximum gehabt und ist auch für das bloße Auge noch einige Zeit sichtbar. Mira, den Wunderstern, nannte Hevel diesen hellsten Vertreter jener zahlreichen Sterne, die in langfristigen Perioden (bei Mira etwa 11 Monate) fortwährende Helligkeitsschwankungen von Minimum zu Maximum und dann langsam zu einem Minimum zurück, ausgeht sind. Am Südhimmel zieht sich zur W-förmigen Kassiopeia der Perseus hinauf, in dem der neben Mira bekannteste veränderliche Stern steht: der hübsche weißliche Stern Algol, dessen Licht alle 69 Stunden durch den Vorübergang eines lichtschwachen Begleiters für uns etwa 10 Stunden lang geschwächt wird (Minima am 14./15. nachts 1 Uhr und am 17. abends 10 Uhr). Den Ort der Nova im Schwan findet man, wenn man von der Mitte des Schwans (Gegend des Sterns Gamma) nordwärts zum Rande der Milchstraße geht, bei einer Einbuchtung der letzteren.

(Von der „Schwäbischen Sternwarte E. B.“, Stuttgart, Hölberlinplatz 1.)

Der Verein nimmt jederzeit gerne zuverlässige Meteormeldungen und sonstige Beobachtungen entgegen, um sie wissenschaftlicher Verwertung zuzuführen. Meteormeldungen sollen neben der Beschreibung enthalten: Ort und Zeit des Ausleuchtens und ungefähre Lage der Bahn.

Der Ulmer Kravall vor Gericht.
(S. W.) Ulm, 3. Sept. Nach Anhörung einer Reihe von weiteren Zeugen, besonders des Hauptmanns Hinrichs, des Führers der Polizeiwehrrschär 10, aus dessen Aussagen hervorging, mit welcher übermenschlicher Geduld die Polizeiwehrr ausharrte, bevor sie sich zum Schießen entschloß, wurde gestern Abend die Zeugenvernehmung im Kravallprozeß beendet. Staatsanwalt Ernst beantragte bei den Angeklagten Kammerer und Fischer Freisprechung. Bei verschiedenen anderen Angeklagten stellte er die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Bei den jugendlichen Angeklagten beantragte er Gefängnisstrafe von 3-5 Monaten, bei Bozenhardt und Holzfurtner 4 Wochen Haft, sonst 6 bis 10 Monate Gefängnis mit 6 Monaten als Mindestmaß. Der Verteidiger sprach um Freisprechung. Das Urteil wird am Samstag vormittag verkündet.

e. Liebenzell, 4. Sept. (Sitzung des Gemeinderats.) Das neu eingetretene Mitglied, Konditor Essig, wird vom Vorsitzenden begrüßt und beeidigt. — Als 2. Stellvertreter des Stadtvorstands wird Gemeinderat Böhmle gewählt. — In den Kuratschluß wird Gemeinderat Höfer berufen. — Der mit Lina Schrot abgeschlossene Vertrag zwecks Ausbildung als Hebamme wird genehmigt. — Das Wirtschaftskonzessionsgesuch der Frau Reich zum „Waldhorn“ wird bewilligt. — Die Besoldung des Wegmeisters wird ab 1. August auf monatlich 150 M. erhöht. Außerdem soll für die Zeit besonderer Inanspruchnahme eine monatliche Zulage von 100 M. gereicht werden. — Der Treppenaufgang vom Bahnhof zur Hauptsteige soll wieder hergerichtet werden. Hierzu leistet die hiesige Gemeinde und die Gemeinde Unterhaugstett einen Beitrag von je 100 M., der Rest wird von Privaten aufgebracht.

(S. W.) Freudenstadt, 4. Sept. Der Gemeinderat beschloß die Erstellung von drei weiteren Doppelwohnhäusern mit einem Kostenaufwand von je 83 800 M. in der Erzbergstraße.

(S. W.) Zellbach, 4. Sept. In der hiesigen früheren Minenfüllerei waren zwei Mädchen mit Entseerung von Patronen beschäftigt. Eine Brandpatrone kam zur Entzündung, so daß die Kleider der Mädchen Feuer fingen. Eines davon ist noch am Abend an den schweren Brandwunden gestorben, das andere liegt schwer krank darnieder.

(S. W.) Badnang, 5. Sept. Auf einer Tagung der Staatsstrafenwärter des Oberamts Badnang ist lebhaftige Klage darüber geführt worden, daß die Ordnung auf der Straße durch viele Rohlinge untergraben und der Straßenwärtler häufiger bedroht, ja sogar körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt ist. Auch werden häufig die Straßenbäume absichtlich beschädigt. — Vom Aktionsausschuß der hiesigen Streikleitung ist am Samstag dem „Murrtafboten“ gestattet worden, eine Anzeigennummer ohne politischen Inhalt seinen Lesern zuzustellen.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. H. Schäferschen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.
Die moderne Zahnkultur
empfehl. ständigen Gebrauch von
Zahnwohl

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Morgen Dienstag vormittags von 8-10 Uhr werden im Keller der Wänderarbeitsstätte Kartoffeln ausgegeben das Pfd. zu 34 Pfg. Abgabe nicht unter 20 Pfd.. Karten sind auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 zu lösen.

Dampfwalzbetrieb.

Zwei Dampfstrahlenwalzen werden am 8. ds. Mts. die Staatsstraße von Enzküsterle bis Calw, am 9. ds. Mts. die Staatsstraße von Calw bis Remlingen befahren. Den Lenkern von Fahrwerken wird beim Begegnen der Dampfwalzen besondere Vorsicht empfohlen.

Calw, den 6. September 1920.

Straßen- u. Wasserbauamt:
J. V. Feldweg.

50 Faß Latrine,

Inhalt der Sammelgrube am Fühweg nach Gehlingen, werden am Dienstag, den 7. September 1920 nachm. 6 Uhr meistbietend verkauft.

Calw, den 4. September 1920.

Stadtpflege: Frey.

Gefundene Gegenstände

darunter Herrenuhr, Geldbeutel, Uhrketten, Halsketten, Broschen usw. werden am Dienstag, den 7. September 1920 nachm. 6 Uhr meistbietend versteigert.

Calw, den 4. September 1920.

Stadtpflege: Frey.

An sämtliche Hebammen des Bezirks Calw.

Zwecks Besprechung

bitten wir sämtliche Hebammen am Mittwoch, den 8. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, ins Kaffeehaus nach Calw zu kommen.

Bitte auch Milch mitbringen. Mehrere Hebammen.

Calmbach.

Geschäftsverlegung und Empfehlung!

Ich teile den Einwohnern von Calmbach und Umgebung mit, daß sich meine

Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung Reparaturwerkstätte

vom 30. August an in der Höfenerstraße 289 befindet und empfehle ich mich für alle einschlägigen Arbeiten bestens. Weiter empfehle ich Nähmaschinen, neue u. gebrauchte Fahrräder, Mäntel u. Schläuche, sowie sämtliche Fahrradzubehörtel u. Carbid zu den billigsten Tagespreisen.

Eugen Maisenbacher.

Taschenlampen, Feuerzeuge, Batterien und sämtliche Ersatzteile hiezu.

Bestellungen auf Silberkraut, Kartoffeln und Gelbe Rüben

werden im Laufe dieser Woche angenommen.

Spar- u. Consumverein Calw.

Zu Beginn der neuen Ernte bringe ich meine anerkannt vorzüglich eingerichtete

Delmühle

in empfehlende Erinnerung. Besonders mache ich auf meine

Delisaatenpulverei

aufmerksam, sie erspart das mühevollen Pulzen zu Hause, und es kann der Samen samt Staub und Schalen eingefertigt werden.

Wohn wird jeden Tag geschlagen. Samstags auch Reys und Lein.

Jede Partie wird besonders verarbeitet und es kann darauf gewartet werden.

Höchste Ausbeute und reelle Bedienung ist bekanntlich sicher!

Chr. Rehner jr., Herrenberg
Telefon 68. am Bahnhof.

Kaufe jedes Quantum Heu und Stroh.
Gottlieb Betz, Althengstett.

Spöhrer'sche Höhere Handelsschule, Calw.

Realabteilung Handelsabteilung **Neuaufnahme 11. Oktober.**

VOLKSSCHRIFTEN-VERLAG CALW.

Das Urteil der Vernunft

von **Otto Seltmann.**

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmässige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens.

568 Seiten, geheft. 28 Mk., elegant gebund. 35 Mk. (Verkaufspreise).

Aus dem Inhalt: Das geistige und seelische Leben des Tieres :: Die Menschwerdung :: Das menschliche Geistes- und Seelenleben :: Das Rechtsbewusstsein Die Religion :: Die Charakterbildung :: Massenpsychologie und Fortpflanzungstrieb :: Psychologie des Wirtschaftslebens :: Der soziale Gedanke :: Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands :: Zur Psychologie des Weltkrieges.

Erhältlich in den Buchhandlungen, wo nicht, direkt vom Verlag.

Altensteig. Für Jäger Jagdgewehre

habe ich als Gelegenheitskauf folgende gebrauchte aber noch gutehaltene

anzubieten:
1 Doppelflinte, Kal. 12, 1 Halbdrilling Kal. 12+8 mm, 1 Repetierpfechbüchse, 8 mm, mit Zielfernrohr.

Dieselben werden ohne Kaufzwang vorgezeigt.
Lorenz Luz jr. Telefon Nr. 46.

Phorosan-Heilinstitut für Haut- und Geschlechtskrankheiten Pforzheim Götthestr. 37 I.

Ärztliche Leitung: Dr. med. v. Alten. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung ohne Berufsstörung in kürzester Zeit möglich. Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hautkrankheiten, wie Bartflechten usw.
Sprechstunden: Werktags 11 bis 6 Uhr Sonntags 10 bis 1 Uhr. Donnerstag keine Sprechstunde.

Es ist nicht notwendig, den jeweiligen Vierteljahrswechsel abzuwarten um das Calwer Tagblatt dann zu bestellen, nein, täglich nehmen unsere Austräger, unsere Geschäftsstelle, die Postämter und Poststellen im Bezirk Bestellungen auf unsere Zeitung entgegen!

Neue, gutkoch.

Linsen und Erbsen

sind eingetroffen u. empfiehlt **H. Luz.**

Ein ordentliches Mädchen

für Küche und Hausarbeiten findet auf 1. September gut bezahlte Stelle im **Gasthof „zum Ochsen“** in Höfen bei Wildbad.

Zimmermädchen

für sofort oder 15. Sept. bei hohem Lohn und guter Behandlung. Näheres erteilt **Frau Schwarz, Metzgerei, Calw.**

Existenz. Filialleiter f. d. Bez. gesucht. Beruf gl. (kostenlos). **Metallwerk G. & Co. Düsseldorf-Gerresheim, Schleichbachs.**

Einen kaum getragenen schwarzen

Gehrock

sehr gut erhalten hat im Auftrag zu verkaufen. **Kienzle, Kronengasse.**

Neuen Anzug

dunkelbraun, billig zu verkaufen. **Sedelmater, Lederstr. 168.**

Habe im Auftrag einen großen Posten

Säcke

zu verkaufen. **Gg. Wackenhuth, Calw.**

Althengstett, den 5. September 1920.

Todes-Anzeige.



Meine liebe Frau, unsere unvergessliche Mutter

Katharine Reiff,

ist heute früh nach kurzem, aber schwerem Leiden in die ewige Heimat eingegangen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Oberlehrer Reiff mit Familie.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Altbilach, den 5. September 1920.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater

Joh. Schroth, Metzner,

im Alter von 84 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Dienstag Mittag 1 Uhr.

Um Rückgabe eines im Kirchenkonzert von der Empore verkehrtlich mitgenommenen **Schirmes** an Herrn Metzner Küd wird gebeten.

F. K.

Donnerstag, den 9. September nachm. 3 Uhr Kaffeehaus.

Bez.-Lehrer-Verein Calw.

Beerdigung von Frau Oberl. Reiff, Althengstett Dienstag.

Gefangensprobe

1/2 2 Uhr „Hirsch“ in Althengstett. Männerchoralbuch. Secder.

Dentist Kohler hält seine Praxis bis Ende Sept. geschlossen

Aberverkalkung, Schwindelanfälle, Herzbeklemmungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenfr. ausführl. Broschüre. **Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Str. 104a.**

Kaufe jedes Quantum

1 und 2 Meter Koller

Fichten und Tannen

zu Papierholz geeignet, sowie auch starke Stangen und leichtes Bauholz

Josef Bülter, Calw.

Möbl. Zimmer

auf 1. Oktober gesucht

Spöhrer'sche Handelsschule.

Italiener-Singhühner

gemischte Farben, 4-8 Monate alt, à 35-45 Mark abzugeben, Spezialfarben nach Wunsch etwas teurer. Abholung erwünscht. Abgabe von 5 Stück ab. **Kaffeegeflügelhof Wagner, Enzweihingen, Wittbg.**